

„Krönung der Integration“

Chancen und Risiken des Doppelpasses

VON MARC SCHLAMMES

Die Abänderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes mit der Anerkennung des Doppelpasses gehört zu den bedeutenden gesetzlichen und gesellschaftspolitischen Baustellen dieser Legislaturperiode. Geht es nach Justizminister Luc Frieden, dann wird die Gesetzesvorlage 5620 noch in diesem Jahr die Abstimmungshürde in der Abgeordnetenkammer passieren.

Bei einem von der Chambre de commerce organisierten Konferenzabend appellierte das zuständige Regierungsmitglied denn auch an den Staatsrat, sein Gutachten zur Nationalitätenreform möglichst zügig zu verfassen. Bis dato hat sich die Hohe Körperschaft noch nicht zum Gesetzentwurf geäußert, was zur Folge hat, dass die Verabschiedung auf unbegrenzte Dauer ausgesetzt wurde.

Um das Unterfangen voranzutreiben, hat Luc Frieden am Montag voriger Woche Präzisionen zur nicht unumstrittenen Sprachklausel geliefert. Zusammen mit der Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft gehören die Neuregelung der Sprachkenntnisse und die Einführung von Kursen in Bürgerkunde zu den wesentlichen Neuerungen des Gesetzesprojektes 5620, das das Gesetz aus dem Jahre 2001 ablösen wird.



Spielen den Doppelpass: Justizminister Luc Frieden (r.) und Francis Delpérée, Mitglied des belgischen Senats und Experte in Verfassungsfragen.

(FOTO: ANOUK ANTONY)

genannten Begriffe bei der Konferenz der Handelskammer. So betonte der Justizminister, dass die Grundphilosophie der Regierung darin bestehe, das Prinzip einer offenen Gesellschaft mit der Idee der Integration in angemessener Art zu verbinden. Dabei werde die Erlangung der Nationalität nicht als Mittel zur gesellschaftlichen Eingliederung verstanden, sondern müsse als deren Abschluss

bei Erhalt des ausländischen Passes nicht mehr abzulegen.

Für Delpérée entspricht der Doppelpass den heutigen gesellschaftlichen Begebenheiten. Besonders in einem kleinen Land wie Luxemburg sei es wichtig, dass möglichst viele Menschen in die politischen Prozesse einbezogen würden. Dies sei indes hierzu-land nur mehr für knapp 50 Prozent der Bevölkerung der Fall.

Sprache: aktive und passive Kenntnisse

Demnach soll beim Luxemburgischen künftig das Hauptaugenmerk dem Gesprochenen gelten. In erster Linie wird von Anwärtern auf die luxemburgische Nationalität erwartet, dass sie Luxemburgisch verstehen (passive Kenntnisse). Als Beispiel nannte Frieden Fernseh- und Radionachrichten. Daneben sieht die neue gesetzliche Regelung vor, dass die Antragsteller eine Situation aus dem alltäglichen Leben beschreiben können (aktive Kenntnisse). Von den künftigen sprachlichen Bestimmungen, die mit einem Test geprüft werden, sind jene Bürger ausgenommen, die ihren Schulparcours in Luxemburg bestritten haben, und jene Ausländer, die sich vor 1984 im Großherzogtum niedergelassen haben. Erst 1984 hatte „Lëtzebuergesch“ eine gesetzliche Grundlage erhalten und war als Nationalsprache anerkannt worden.

Im Gegensatz zur Sprache soll das Wissen in Bürgerkunde nicht mit einem Test bewertet werden. Der Kursbesuch ist indes obligatorisch.

Eine Änderung gegenüber dem geltenden Gesetz erfährt die Aufenthaltsdauer. Nachdem diese 2001 von zehn auf fünf Jahre um die Hälfte herabgesetzt worden war, ist sie in der Gesetzvorlage 5620 mit sieben Jahren festgelegt. Minister Frieden sieht darin eine vernünftige Residenzklause, schließlich würde sich die Integration nicht von einem Tag zum anderen vollziehen. „Integration“ war im Übrigen einer der meist

betrachtet werden. Pierre Gramagna bezeichnete den Erhalt der Staatsbürgerschaft als „Krönung der Integration“.

In dem Zusammenhang wies der Direktor der Chambre de commerce darauf hin, dass die Reform der Staatsbürgerschaft eine von drei wichtigen legislativen Initiativen darstelle, die auch ihre Auswirkungen auf die Arbeits- und Wirtschaftswelt hätten. Die beiden anderen Reformprojekte betreffen das Integrationsgesetz von Familienministerin Marie-Josée Jacobs, das die Einführung eines sogenannten „contrat d'accueil“ beinhaltet, und das Immigrationsgesetz von Nicolas Schmit, das u. a. die Zusammenlegung von Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis vorsieht.

Doppelpass: „Regierung muss Produkt verkaufen“

Was nun die Neuheit des Doppelpasses angeht, so war es Francis Delpérée, der dessen Anwendung in ihren gesellschaftlichen und rechtlichen Kontext setzte. Zur Erinnerung: Der belgische Senator und Verfassungsrechtler Delpérée hatte im Januar 2004 gemeinsam mit Michel Verwilghen für die Regierung ein 166 Seiten schweres Gutachten zur Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft erstellt. Eine doppelte Staatsbürgerschaft, die, sollte der Gesetzentwurf 5620 angenommen werden, sowohl Ausländern in Luxemburg als auch Luxemburgern im Ausland zugutekäme: Sie bräuchten dann in jenen Staaten, die den Doppelpass ebenfalls anerkennen, ihre luxemburgische Nationalität

Hier stellt die doppelte Nationalität für Francis Delpérée eine Möglichkeit dar, das Reservoir an politischen Entscheidungsträgern zu erweitern.

„Weder Luxusgut für Reiche noch Kreditkarte“

Wesentlich für das Gelingen des Doppelpasses sei, dass die Politik es verstehen würde, das neue Produkt zu verkaufen, so Delpérée. Dabei müsste drei Szenarien ein besonderes Augenmerk gelten: Die doppelte Staatsbürgerschaft an sich dürfe nicht als Luxusgut für reiche Ausländer gehandelt werden und die Doppelpassträger weder das Gefühl erhalten, Menschen zweiter Klasse zu sein, noch dürften sie sich als Privilegierte schätzen, bei denen die Anzahl an Pässen vergleichbar sei mit der Anzahl an Kreditkarten, die je nach Bedarf eingesetzt würden.

Letztlich sei die Öffnung der Gesetzgebung hin zum Doppelpass eine Sache der Einstellung, schlussfolgerte Professor Delpérée: Man akzeptiere die Vielfalt ohne eigene Gewohnheiten aufzugeben. „Es geht um Toleranz.“

Dieser Einschätzung stimmte auch Michel Wurth bei, der die Frage aus demografisch-wirtschaftlicher Sicht behandelte. Für den Präsidenten der Handelskammer ist es daneben wichtig, dass über die „großzügige Reform“ hinaus weitere Schritte der Integration folgen. Dazu zählt er die Anpassung der Schulprogramme, die Einbeziehung der Grenzgänger und die Öffnung des öffentlichen Dienstes.